



Atomproblematik in Belgien

NukeNews Belgien ist wahrscheinlich in der schlechtesten Situation in Westeuropa – mit einem Atompark von sieben Reaktoren in französischem Besitz. Drei von ihnen haben das Alter von 40 Jahren überschritten, die Nutzung wurde für 50 Jahre erlaubt. Diese Reaktoren werden oft wegen ungeplanter technischer Probleme angehalten. Zwei andere Reaktoren, Tihange 2 und Doel 3, werden von verschiedenen Fehlern geplagt und ihre Reaktorgebäude wurden nicht ernsthaft überprüft. Die Kontrollorganisation FANC ist notorisch unfähig, die Sicherheitsverstöße von ENGIE zu verhindern. Die Politiker*innen von MR und NVA der jetzt endenden Regierungskoalition wollen einen neuen Reaktor bauen und alle Reaktoren bis zum 50. Betriebsjahr nutzen.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Nuclear_waste_in_Belgium



Vortragsangebot Atomgefahren im Ostseeraum

*Aktivist*innen aus dem Projekt ATOMIC BALTIC freuen sich über Einladungen in eure Region, um über die radioaktiven Gefahren im Ostseeraum zu informieren - mehr als 60 Atomanlagen, die Menschen und Umwelt in diesem besonderen Ökosystem und den daran angrenzenden Regionen bedrohen. Die Präsentation erfordert einen Beamer und eine Leinwand.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich.

Kontakt:
atomicbaltic@nuclear-heritage.net

Selbst in den Details ähneln sich die Beschlüsse: Beim Großteil der in den nächsten Jahren abzuschaltenden Kohlekraftwerke handelt es sich um längst nicht mehr rentable Steinkohlekraftwerke. In den kommenden Jahren wären sie ohnehin abgeschafft worden, nun aber können die Konzerne für diesen Schritt Stilllegungsprämien verlangen, die sie sonst nicht erhalten hätten. Als besonderen Clou gibt es für die Besitzer des umstrittenen, nach Rechtsverstößen bei der Genehmigung und wegen technischer Probleme nie ans Netz gegangenen Kraftwerkes

Datteln eine fette Entschädigung. Auch hier liefert der „Atomkonsens“ eine Vorlage: Für das AKW Mühlheim-

Kährlich, das rechtswidrig auf erdbebengefährdetem Grund errichtet worden war und nach nur rund 30 Monaten Laufzeit vom Netz genommen werden musste, bekam RWE mehr als 30 Jahre Volllastbetrieb als Reststrommenge gutgeschrieben und konnte sie auf andere AKW übertragen.

Geschaffen wurde damals wie heute vor allem Planungssicherheit für die Konzerne inklusive Bestandsschutz für ihre wichtigsten Anlagen. Und das in einem – gelinde gesagt – herausfordernden Marktumfeld: angesichts einer durch Fukushima schockierten Öffentlichkeit 2011 und angesichts einer verkündeten Energiewende, der Auseinandersetzung um den Hambacher Forst und krachend verfehlter Klimaziele.

Energiepolitik mit Zeitzünder

Eine zentrale Erkenntnis des sog. „Atomausstiegs“ ist, dass derlei Politik

vor allem die Reaktion auf aktuelle Kräfteverhältnisse ist und Konzerne und Regierung versuchen, die Zeit für sich spielen zu lassen. Nach Fukushima 2011 war die Liste der sofort abzuschaltenden Schrottreaktoren schnell zusammengestellt. Für die Übrigen wurde das Ende der Stromproduktion vage für zehn Jahre später benannt. Erst als angesichts der massiven Proteste klar wurde, dass dieser Plan wegen seiner unsicheren Aussichten nicht durchsetzbar war, entschied sich die Regierung Merkel für Zwischenschrit-

BEI DER NÄCHSTEN ERDE
MACHEN WIR ALLES BESSER
EHRlich!

Politisches Schimpfbüchlein

te: Vier, sechs und acht Jahre nach dem GAU sollte jeweils ein Reaktorblock abgeschaltet werden (Ende 2019 Philippsburg 2). Die übrigen Kraftwerke sollten dann alle zehn bzw. elf Jahre später stillgelegt werden.

Ähnliches findet sich im sog. Kohleausstieg. Nach einer initialen Stilllegung von größtenteils unrentablen Steinkohlekraftwerken, die öffentlichkeitswirksam inszeniert wird, soll ähnlich wie bei den Entwürfen zum Atomausstieg bis Anfang des übernächsten Jahrzehnts erst einmal nicht mehr passieren als das, was marktwirtschaftlich geboten erscheint: „Die aktuell vorliegenden Studien gehen davon aus, dass bis 2030 die Emissionen der Energiewirtschaft auch ohne zusätzliche Maßnahmen signifikant sinken werden.“ (S. 17 des Abschlussberichts). Die Zielmarke „Ausstieg“ wird dann auf das Jahr 2038 verlegt.

Aber werden sich Politiker*innen in 3,5 Legislaturperioden noch an Beschlüsse

